

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Lesotho 2017

Am 3. Juni 2017 fanden in Lesotho Wahlen statt. Die neue Regierung wird von einer Koalition aus vier Parteien gestellt. Unter der vorherigen Regierung hatte Amnesty International immer wieder Fälle von Folter und Misshandlung, etwa zum Erzwingen von Geständnissen, dokumentiert. AI forderte die neue Regierung Lesothos auf, sich für den Schutz der Menschenrechte aktiv einzusetzen. Hierzu gehöre es auch, die UN-Antifolterkonvention ins nationale Recht umzusetzen. Zwar hat Lesotho die UN-Antifolterkonvention unterzeichnet, eine entsprechende Umsetzung ins nationale Recht fehlt aber noch. Weiterhin forderte Amnesty International, dass die Tatverdächtigen der Folterfälle vor Gericht gebracht und alle Folttervorwürfe gründlich, unabhängig und unparteilich untersucht werden. Die Menschen, die in der Vergangenheit Opfer von Folter und Misshandlung geworden sind, müssen entschädigt werden und ihnen muss Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung ermöglicht werden. Der Staat müsse außerdem einen unabhängigen Beschwerdemechanismus einrichten, bei dem zukünftig alle Folttervorwürfe und Vorwürfe von Misshandlung geltend gemacht werden können.